P-1-147: Neue Perspektiven gegen alte Krisen

Antragsteller*innen Johannes Lauterwald (GJ Frankfurt/M.)

Antragstext

Von Zeile 141 bis 142 einfügen:

Förderung und die Erhöhung der BaFög Sätze für Student*innen sowie die direkte Unterstützung Auszubildender ist längst überfällig.

Die entstehende Kluft zwischen geringerem Einkommen und gleichbleibender hoher Miete, führt bei vielen dazu, dass bereits in jungem Alter Schulden aufgenommen werden müssen. Nach Auslaufen des Mietmoratoriums und des Kündigungsverbots ist politisches Handeln umso dringender.
Zusätzlich zu einer Verlängerung des Mietmoratoriums, fordern wir die Anpassung des Sozialsystems an die hohen Mieten, insbesondere beim BaFög und bei den KdU (Kosten der Unterkunft). Diese Diskrepanz wurde und wird mit der Corona-Krise immer deutlicher. Öffentliche Wohnungsunternehmen müssen ihre Mieter*innen alle Mietschulden erlassen, die durch die Corona-Krise entstanden sind. Zusätzlich zur hohen Miete Schulden abbezahlen zu müssen, ist sozial unverantwortlich!
Statt Profiten muss auch in der Wohnungsfrage das Soziale im Vordergrund stehen. Um Länder und Kommunen Mietbegrenzungen und einen schnellen Ausbau von Sozialwohnungen mit attraktiven ökologischen Standards zu erleichtern, muss zum Beispiel die Neue Wohngemeinnützigkeit auf Bundesebene eingeführt werden.

Begründung

Das eigene Zuhause ist in Zeiten von Corona essenziell für das Social Distancing. Angesichts dieser Situation bekommt die Wohnungsproblematik in vielen Großstädten noch einmal eine völlig andere Dimension. Bis zum 30.6. schützte das Mietmoratorium die Mieter*innen vor Kündigung bei nicht gezahlter Miete. Dies gilt nun nicht mehr. Zusätzlich beharren öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften, die eigentlich am Gemeinwohl und nicht an Profiten interessierten sein sollten, auf die Rückzahlung der Mietschulden. Dass Interesse an Renditen scheint größer zu sein, als das Wohl der Mieter*innen. Für uns als GRÜNE JUGEND ist jedoch klar: Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware ! Deshalb ist es jetzt an der Zeit endlich die sozial-

ökologische Wende auch in der Wohnungspolitik einzuleiten. Ausschlaggebend muss der Bedarf der Menschen sein und nicht, was dem Markt und der Wirtschaft nützt. Studierende, Auszubildende und andere Geringverdienende müssen auf dem angespannten Wohnungsmarkt bestmöglichst unterstützt werden eine bezahlbare Wohnung zu finden und diese auch zu behalten. Gleichzeitig müssen wir bei der Schaffung von bezahlbarem und öffentlich gefördertem Wohnraum endlich in die Gänge kommen. Seit der Abschaffung der Wohngemeinnützigkeit in den 1990er Jahren hat sich gezeigt, dass der Markt dafür keine Lösung bietet. Deshalb braucht es eine Neue Wohngemmeinützigkeit, die u.a. den Bau von Sozialwohnungen steuerlich fördert. Langfristig könnten somit die Mieten massiv gedrosselt werden, was sich auch auf den allgemeinen Mietspiegel auswirkt.